

UVP zum AKW Mochovce wird zur Farce

Anti Atom Komitee

Problemfall EURATOM

**Gemeinsam abschalten
Anti Atom Treck in Freistadt**

**Atomstrom – Ja oder nein
Stromanbieter im Überblick**



**Nein zu
Atomstrom!**

Problemfall EURATOM



Sagt Ihnen der Name EURATOM etwas?

Die Europäische Atomgemeinschaft (EAG oder heute EURATOM) wurde am 25. März 1957 durch die Römischen Verträge gegründet und ist seit 1965 Bestandteil der Europäischen Gemeinschaften (EG). Seit 1957 wurde dieser Vertrag kaum verändert und hat noch immer die Schaffung einer mächtigen Kernindustrie zum obersten Ziel. EURATOM ist ein Relikt aus der Nachkriegszeit und heute energiepolitisch längst überholt.

Immer wieder wurden verschiedenste Vorschläge zur Neugestaltung des Euratom-Vertrags diskutiert, aber bis heute lässt der Vertrag viele sicherheitspolitische Fragen offen und enthält nicht einmal europäisch einheitliche Sicherheitsstandards.

Es stellt sich daher die berechnete Frage nach der Sinnhaftigkeit von EURATOM, wenn ohnehin Bestimmungen zu Anlagensicherheit, Entsorgung und Endlagerung oder zu Bauweise und Betrieb von Anlagen in den einzelnen Staaten geregelt sein sollten.

**von Dipl.-Ing. Manfred Doppler,
Anti Atom Komitee**

Trotzdem zahlt Österreich jährlich eine Unsumme an Steuergeldern, die nicht einmal näher bezifferbar zu sein scheint, an diese Organisation.

Es stellt sich auch die berechnete Frage, warum sich das Anti Atom Land Österreich überhaupt an der Finanzierung der Atomindustrie beteiligt.

EURATOM Befürworter meinen, es sei wichtig dabei zu sein, um mitreden zu können, die Gegner hingegen, Österreich habe noch nie mitgedreht und wenn doch, dann hätte es keine Auswirkungen.

Also was tun?

Es spricht viel für den sofortigen Ausstieg Österreichs aus EURATOM und ist nach Ansicht kompetenter Rechtsexperten auch möglich.

Der Vorstand des Anti Atom Komitees hat beschlossen, die Initiative zum Ausstieg zu unterstützen, wissend, dass dies kein Allheilmittel sein kann und dass es dazu unterschiedliche Einschätzungen gibt.

Angesichts der Tatsache, dass alle österreichischen Landtage einen Beschluss zum Ausstieg aus EURATOM gefasst haben, ist von der Bundesregierung eine etwas mutigere Haltung einzufordern.

Entscheidend wird auch sein, wie stark die Unterstützung der NGOs seitens der Bevölkerung sein wird, den Ausstieg aus EURATOM von den politischen Entscheidungsträgern einzufordern.

Bundespräsident Fischer in Freistadt –

Anti Atom Komitee forderte mehr Initiative

Anlässlich des Besuches von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in Freistadt forderte das Anti Atom Komitee vom Staatsoberhaupt mehr

Initiative in der Causa Temelin und mehr Druck auf Tschechien, um die noch immer nicht umgesetzten Sicherheitsverbesserungen in Temelin

entsprechend dem Melker Abkommen durchzusetzen.

Heinz Fischer wurde dabei eine überdimensionale Postkarte überreicht, die von dem meisten der anwesenden Gäste spontan unterschrieben wurde und damit ihre Solidarität mit den Anliegen des Anti Atom Komitees zum Ausdruck brachten.

Außerdem bekam der Bundespräsident ein Bild mit dem Titel „Unser Land – bedroht durch Temelin“ überreicht, das die Sorgen der Bevölkerung durch die ständige Gefahr aus Temelin darstellt.

Der Bundespräsident erklärte, dass es laufend weitere Gespräche mit Tschechien geben werde und ihm die Sicherheit der Bevölkerung sehr am Herzen läge.

Obmann Alfred Klepatsch, Elfi Guttenbrunner und DI Manfred Doppler bei der Übergabe des Bildes an Bundespräsident Dr. Heinz Fischer im Freistädter Salzhof.



Na ja, Pflichtübung erfüllt!

Umweltverträglichkeitsprüfung zum AKW Mochovce wird zur Farce

Slowakisches UVP – Gesetz widerspricht EU – Recht. Ohne Novellierung des Gesetzes sind die Einwendungen gegen den Ausbau des AKW Mochovce rechtlich bedeutungslos. Durch ihre Untätigkeit verwehrt die Bundesregierung der Bevölkerung seine Rechte. Das Anti Atom Komitee fordert von der Bundesregierung eine umgehende Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zum Ausbau des AKW Mochovce in der Slowakei soll auf Basis eines EU - widrigen slowakischen UVP – Gesetzes durchgeführt werden. Dieses Gesetz steht jedoch im Widerspruch zum Artikel 10a der EU – UVP - Richtlinie 85/377/ EWG, die es Verfahrensteilnehmern ermöglicht, einen UVP Bescheid vor einem unabhängigen Gericht überprüfen zu lassen. Dies ist nach jedoch nach geltendem slowakischem UVP Gesetz ausgeschlossen.

Dies ist eine eklatante Verletzung der Rechte der Verfahrensteilnehmer und daher darf die UVP in dieser Form nicht durchgeführt werden. Unter den derzeitigen Umständen sind diese Einwendungen rechtlich bedeutungslos und die Einwender haben keinerlei Chance, ihr Recht durchzusetzen und die UVP wird zur Farce. Oberösterreich und das Anti Atom Komitee hat dazu bereits eine Beschwerde bei der EU-Kommission eingebracht.

Das Anti Atom Komitee ersucht die übrigen Bundesländer dringend, ebenfalls eine Beschwerde an die EU-Kommission einzubringen, denn unter den derzeitigen Rahmenbedingungen verkommt die UVP zu einer reinen Farce.

Die Bundesregierung muss umgehend ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei einleiten, und bilaterale Konsultationen mit der Slowakei in Rahmen der ESPOO - Konvention aufnehmen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, der Bevölkerung seine Rechte zu verwehren.

Das geplante Hearing in Wien hat nur dann Sinn, wenn die UVP auf Basis eines EU konformen UVP-Gesetzes durchgeführt wird, ansonsten ist es nur eine Bühne für den Betreiber und man sollte am Hearing nur unter Protest teilnehmen oder überhaupt boykottieren, bzw. das Hearing für eine Demonstration gegen diese Vorgangsweise nützen. Um sicherzustellen, dass die Einwendungen gegen



den Ausbau des AKW Mochovce nicht im Papierkorb landen, wurde im Rahmen der oberösterreichischen Anti Atom Offensive eine „online“ Einwendungskampagne gestartet, an der man sich noch bis zum 6. Oktober 2009 auf unserer Homepage www.anti.atom.at beteiligen kann. Wir hoffen, dass möglichst viele davon Gebrauch machen. Die Einwendungen werden vom Büro des Anti Atom Beauftragten gesammelt und an das Umweltministerium weitergeleitet.



Das slowakische AKW Mochovce soll auf Basis eines EU-widrigen UVP-Gesetzes und mit Baugenehmigungen aus 1986 um 2 Blöcke erweitert werden.

Vier Fragen an die Spitzen



ÖVP

*Landeshauptmann
Dr. Josef Pühringer*

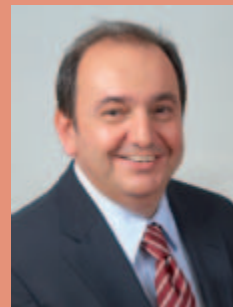
- 1. Wir wehren uns gegen Atomkraftwerke und Atommülllager an unserer Grenze, importieren aber Atomstrom. Haben Sie persönlich daraus bereits Konsequenzen gezogen und sind auf einen atomstromfreien Stromlieferanten umgestiegen, der keinen Atomstrom in seinem Händlermix hat?**
- 2. Das Land Oberösterreich könnte mit einem Umstieg auf einen atomstromfreien Stromlieferanten, der keinen Atomstrom in seinem Händlermix hat, eine wichtige Vorbildwirkung erreichen. Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass das Land Oberösterreich auf einen atomstromfreien Anbieter umsteigt?**
- 3. Tschechien plant, das AKW Temelin um zwei Blöcke zu erweitern, allerdings soll die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auf Basis eines EU – widrigen UVP Gesetzes durchgeführt werden. Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, sollte Tschechien nicht bereit sein, die UVP zu Temelin nach einem EU konformen UVP Gesetz durchzuführen?**
- 4. Die Anti Atom Bewegung in Oberösterreich hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Bevölkerung beinahe geschlossen Atomenergie ablehnt. Durch die Versuche der Atomlobby, den Klimawandel für eine Renaissance der Atomenergie zu missbrauchen und das Bewusstsein in der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, dass die Atomenergie keinen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, wird die Arbeit der Anti Atom Bewegung auch in Zukunft wichtig sein. Sind Sie auch der Meinung, dass die Anti Atom Bewegung auch in Zukunft einen wichtigen Stellenwert haben muss, und werden Sie sich auch in der nächsten Legislaturperiode, dafür einsetzen, dass die Anti Atom Bewegung auch in Zukunft im bisherigen Umfang finanziell unterstützt wird?**

1. Hier können Sie nur die TIWAG als Partner der Energie AG meinen. Das Land Oberösterreich hat hier eine ganz deutliche Vereinbarung geschlossen. Tirol sagt zu, dass bei der TIWAG allenfalls bestehende Bezugs- oder Tauschverträge auf Kernkraftbrennstoff-Kostenbasis auslaufen und zukünftig keine derartigen Verträge geschlossen werden.

2. Hier gilt das selbe wie bei Frage 1. Ich möchte aber auch auf den internationalen Trend verweisen. Derzeit stammen noch 16 Prozent des Stroms weltweit aus Atomkraft. Berechnungen des Verbunds haben ergeben, dass die internationale Atomlobby, um diesen Anteil halten zu können, 150 Kraftwerke bauen müsste. Völlig undenkbar und unrealistisch. Auch hier wird deutlich, dass der Atomstrom nicht die Lösung des Energieproblems sein kann. Atomkraft wird daher in den nächsten Jahren weltweit auf dem Rückzug sein – und das ist gut so.

3. Wir werden sicher nicht zulassen, dass im gemeinsamen Europa des 21. Jahrhunderts ein Unionsmitglied, nämlich Tschechien, sich die Spielregeln selber aussucht. Es kann nicht sein, dass sich ein Mitglied Förderungen und Beihilfen aus Brüssel abholt, bei der Anwendung von Gemeinschaftsrecht aber säumig bleibt. Brüssel kann sich das nicht bieten lassen – und darauf werden wir verstärkt drängen.

4. Die von Ihnen zitierten Argumente der Atomlobby sind nicht neu. Viele von ihnen haben wir auch vor 31 Jahren gehört. Dennoch hat sich Österreich damals in der ersten Volksabstimmung seiner Geschichte gegen die Atomkraft entschieden. Bereits acht Jahre später, durch die Katastrophe in Tschernobyl wurde der Welt drastisch vor Augen geführt, wie unbeherrschbar Atomkraft ist, welche Gefahren von ihr aus gehen. Vor allem ist es heute eine Warnung für alle die meinen, alles technisch Mögliche sei auch moralisch vertretbar. Darum ist es auch in Zukunft unsere gemeinsame Pflicht, jeder Verharmlosung von Atomkraft entschieden entgegen zu treten. Beste Sicherheitsgarantie ist daher der Verzicht auf Atomkraft. All jenen, die sich in den Dienst dieser Sache stellen, wird das Land Oberösterreich auch künftig ein verlässlicher Partner sein.



SPÖ

*Landeshauptmann-Stv.
DI Erich Haider*

1. + 2.. Die Strominfrastruktur wurde in meiner Heimatgemeinde von der Linz AG aufgebaut und ich persönlich beziehe daher auch von der Linz AG den Strom für meinen Haushalt. Position der sozialdemokratischen Partei in Oberösterreich war immer und bleibt auch künftig, dass die beiden großen oberösterreichischen Energieversorger Energie AG und Linz AG in ihrem Händlermix keinen Atomstrom ausweisen. Ziel der Politik muss eine autarke Stromversorgung Oberösterreichs ohne Atomstrom sein. Der Paradigmenwechsel soll durch ein umfassendes Angebot an atomstromfreier Energie und nicht durch einen Wechsel des Stromanbieters geschehen.

3. Die SP Oberösterreich hat sich stets gegen das Atomkraftwerk in Temelin ausgesprochen und hat auch alle Aktivitäten, welche sich dagegen gerichtet haben, immer gemeinsam getragen. Entsprechende Beschlüsse der Oberösterreichischen Landesregierung und des Oberösterreichischen Landtags unterstreichen diese Position. Wir werden selbstverständlich auch künftig klar gegen das Atomkraftwerk Temelin auftreten. In Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung erwarten wir von den zuständigen Bundesministern, dass sie auf einen ständigen und intensiven Dialog mit dem Ziel einer bestmöglichen und rechtskonformen Umsetzung drängen.

4. Wir sehen die Arbeit der Anti Atom Bewegung als wichtigen Teil im Kampf gegen die Energiegewinnung durch Atomkraftwerke. Daher unterstützen wir die Initiativen gegen das Atomkraftwerk Temelin und auch gegen das geplante Atommülllager an der oberösterreichischen Staatsgrenze. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sollen auch in Hinkunft zur Verfügung gestellt werden. Abschließend wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass darüber hinaus der Oberösterreichische Landtag über unsere Initiative beschlossen hat, von der Bundesregierung Aktivitäten Österreichs für den Austritt aus dem Euratom-Vertrag und die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für die Weiterentwicklung von Alternativenergien zu fordern.

nkandidaten zur Wahl '09



Die Grünen

*Landesrat
Rudi Anschober*

1. Für mich war der Umstieg auf ein Ökostromprodukt eines zertifizierten Ökostromanbieters selbstverständlich als es 2001 die Möglichkeit zum Anbieterwechsel in Österreich gab.

2. Ich darf berichten, dass die oberösterreichische Energie AG bereits seit 2009 atomstromfrei ist und daher das Land Oberösterreich als Kunde keinen Atomstrom mehr zukaufte. Mir war diese Atomstromfreiheit ein besonderes Anliegen und daher freut es mich besonders, dass dieser politische Erfolg von mir durchgesetzt werden konnte. Nur diese Atomstromfreiheit gibt uns die Glaubwürdigkeit um den Kampf gegen die Atomkraftwerke an unserer Grenze und in ganz Europa konsequent fortsetzen zu können.

3. Wie sicherlich bekannt ist, war ich es gemeinsam mit LH Dr. Josef Pühringer der die Frage der Nicht EU-Konformität des tschechischen UVP Gesetzes an die EU Kommission gemeldet hat und daher war es auch unser Erfolg, dass die EU Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren in dieser Angelegenheit gegen Tschechien eingeleitet hat. Ich werde dafür Sorge tragen, dass dieses Vertragsverletzungsverfahren nicht einschlafen wird und werde auch in der kommenden Legislaturperiode nicht ruhen bis auch in Tschechien ein EU-konformes UVP Gesetz umgesetzt wird. Ergänzend möchte ich anmerken, dass wir ein ähnliches Vertragsverletzungsverfahren selbstverständlich auch gegen die Slowakei anstreben, da auch dort eine EU-Konformität des UVP-Gesetzes fehlt.

4. In meiner Ressortzuständigkeit wurde die Förderung der Anti Atom NGOs noch einmal deutlich erhöht und ich kann garantieren, dass es auch – sollte die Zuständigkeit für Anti Atom Fragen wieder in meine Ressortzuständigkeit fallen – eine finanzielle Unterstützung der NGOs in Oberösterreich und Tschechien geben wird. Ich halte die Arbeit der Anti Atom Vereine für richtig und wichtig, um den für unsere politische Arbeit so wichtigen Rückhalt in der Bevölkerung sicherzustellen.



FPÖ

*Nationalrat
Dr. Manfred
Haimbuchner*

1. + 2. Dem Konsumenten wird es nahezu unmöglich gemacht, sicher zu sein atomstromfreie Energie zu beziehen. Die Bundesregierung, insbesondere Umweltminister Berlakovich, und die oberösterreichische Landesregierung, hier insbesondere Umweltsenator Anschober, sind dazu aufgerufen genau dies möglich zu machen. Bei dem so genannten Händlermix der Anbieter hat der Konsument ein Anrecht auf Transparenz.

3. Die FPÖ hat als einzige Partei in Österreich nicht tatenlos zugesehen, sondern aus mangelndem Einsatz der Bundesregierung selbst die Initiative ergriffen und die Republik Tschechien sowie den Betreiber des AKW Temelin „CEZ“ beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit zwei Klagen bedacht. Diese wurden vom EGMR mittlerweile angenommen und stehen demnach in Behandlung. Auch die Republik Slowakei wurde von der FPÖ wegen des AKW Mochovce mit einer Klage belegt. Die FPÖ will durch diese Klagen erreichen, dass die EU endlich dem subjektiven Sicherheitsempfinden aber auch den gesundheitlichen Gefährdungen Rechnung trägt und die bestehenden Sicherheitsmängel im AKW Temelin behoben werden.

4. Zu Recht hat die Plattform „Atomstopp_Oberösterreich“ und andere auch in den vergangenen Jahren immer wieder auf die bestehenden Gefahren, die durch den Schrottreaktor Temelin gegeben sind, aber auch durch das geplante grenznahe Atomrestmülllager verursacht werden können, hingewiesen und gemahnt. Landesrat Anschober hat es den Aktivisten mit Kürzung der Fördergelder und mit Androhungen vergolten. Es muss aber sichergestellt sein, dass der Kampf gegen Temelin fortgesetzt wird.



BZÖ

*Nationalrätin
Ursula Haubner*

1. Ich beziehe meinen Strom von der EnergieAG. Und vertraue darauf, dass dieses im mehrheitlichen Eigentum des Landes stehende Unternehmen seinen Strom vorwiegend aus heimischer erneuerbarer Energie erzeugt. In meiner Wiener Wohnung beziehe ich den AAE Naturstrom.

2. Ja. Denn auch das Land sollte natürlich atomfreien Strom beziehen.

3. Wiederholt hat das BZÖ die Einbringung der vom Nationalrat im Dezember 2007 einstimmig beschlossenen Völkerrechtsklage gegen Tschechien eingefordert, thematisiert und auch beantragt. Die derzeitige rotschwarze Bundesregierung erfüllt jedoch diesen Auftrag des Nationalrates beharrlich nicht. Wir bleiben dran und unterstützen auch weitere Maßnahmen – insbesondere auch rechtlicher Natur – die zumindest den Ausbau um zwei weitere Blöcke verhindern können.

4. Ich habe als damals zuständige Umweltsenatorin den Antiatombeauftragten samt seinem Team eingesetzt. Ein wichtiger Schwerpunkt war und ist neben den rechtlichen und öffentlichkeitswirksamen Schritten auch die Förderung und Koordination der Anti Atom Bewegung. Daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern!

„Gemeinsam abschalten“

Am 14. Juli 2009 organisierte das Anti Atom Komitee für die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg aus dem norddeutschen Wendland in der Nähe des Atommülllagers Gorleben, eine live Radioübertragung mit dem Freien Radio Freistadt am Freistädter Hauptplatz.

Mit ihrem Reisebus waren die Aktivisten aus dem Wendland mit ihrer Organisatorin Kerstin Rudek in ganz Deutschland und angrenzenden Nachbarländern unterwegs, um auf die Gefahren der Atommüllendlagerung



Bgm. Mag. Christian Jachs und DI Manfred Doppler bei der Übergabe des Stadtwappens an Kerstin Rudeck von der BI Lüchow-Dannenberg.

am Beispiel der desolaten deutschen Lager Asse und Gorleben aufmerksam zu machen.

Mit ihrem Anti-Atom-Treck machten sie auch in Freistadt Halt.

Unter dem Motto „Gemeinsam abschalten“ moderierte DI Manfred Doppler die zweistündige Live-Radiosendung und diskutierte mit Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, Freistädter Stadträte, den Bezirkshauptmann, Anti Atom Gruppen sowie die deutschen Aktivisten. Die tschechischen Pläne für ein Atommülllager bei Oberplan am Moldaustausee machten die Diskussion aktueller denn je.



Berlin-Brandenburger Tor, beeindruckende Demonstration gegen die Atomenergie.

Die Organisatorin des Anti Atom Trecks freute sich über die Unterstützung von Seiten der Politik, und lud gleichzeitig zur bundesweiten Demonstration am 5. September in Berlin ein.

Diese war mit 10.000 Teilnehmern, teils mit Traktoren und Lastwagen eine Riesendemo rund um das Brandenburger Tor und ein starkes Zeichen für alle Politiker, endlich gegen die Atomkraft aufzutreten.



Das Team des Anti Atom Komitees mit den Teilnehmern am Anti Atom Treck nach der Live-Sendung im Freien Radio Freistadt.





LABg. Gabriele Lackner-Strauss, Landesrat Dr. Josef Stockinger, Elfi Guttenbrunner, DI Manfred Doppler beim Smalltalk mit Univ. Prof. Dr. Wolfgang Kromp.

Bezirksenergiefest in Tragwein unter dem Motto „Nachhaltige Mobilität“

Das Bezirksenergiefest, das am 6. September 2009 vom Verein „Energiebezirk Freistadt“ in Tragwein veranstaltet wurde, stand heuer unter dem Motto „Nachhaltige Mobilität“ und wurde zu einem echten Publikumsmagneten.

Das Bezirksenergiefest stand im Zeichen von Energieeffizienz, Klimaschutz, Ökologie Nachhaltigkeit und Regionalität.

Höhepunkte waren die Vorträge der Klimaforscherin Univ. Prof. Dr. Helga Kromp – Kolb über die Auswirkungen des Klimawandels und von Univ. Prof. Dr. Wolfgang Kromp, der über die herbei geredete Renaissance der Atomenergie referierte.

Klimawandel und Atomenergie sind durch die Versuche der Atomlobby, den Klimawandel für eine Renaissance der Atomenergie zu missbrau-

chen, untrennbar miteinander verbunden.

So nützte das Anti Atom Komitee diese Veranstaltung, um die Bevölkerung über die Lüge aufzuklären,

Atomenergie könnte das Klima retten. Zahlreiche Besucher informierten sich darüber, dass die Atomenergie nicht einmal das Potential hat, unser Klima zu retten.

Auch zahlreiche Politiker zeigten durch ihren Besuch beim Stand des Anti Atom Komitees ihre Solidarität mit Anliegen und Aktivitäten der Anti Atom Bewegung.



Prominenter Besuch am Stand des Anti Atom Komitees: Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb und Univ. Prof. Dr. Wolfgang Kromp mit Obmann Alfred Klepatsch, Elfi Guttenbrunner und DI Manfred Doppler.



Feiern und Genießen mit Stil und Erlebnis!

Bedacht auf Tradition und Region wird Bodenständiges mit Innovativem sachte vermischt und in gemütlicher Atmosphäre serviert.

Mittagsmenüs – bei Schönwetter Brunch im Gastgarten – Spezialitätenwochen uvm.

Wir möchten Sie als Gast begrüßen und als Freund verabschieden!

www.gasthaus-visavis.at

Die oö. Stromanbieter im Überblick

Sind Sie schon umgestiegen?

Sie leisten damit einen Beitrag Atomenergie zu verdrängen
und erneuerbare Energieformen zu fördern!

Quelle: e-control, leider die einzige offizielle Informationsquelle!
Sollten Sie an den Angaben zweifeln, setzen Sie sich bitte mit uns
in Verbindung.

AAE Naturstrom Vertrieb GmbH

9640 Kötschach-Mauthen 66, +43-4715-222
www.aae.at

erneuerbar 100,00%

ENAMO GmbH

Coulinstraße 24, 4020 Linz, 0732/9005-3354
www.enamo.at

erneuerbar 22,71% fossil 50,30% nuklear 26,99%

ENAMO Ökostrom GmbH

Coulinstraße 24, 4020 Linz, 0800/81 800
www.enamo-oekostrom.at

erneuerbar 100,00%

Energie AG OÖ Vertrieb GmbH & Co KG

Böhmerwaldstraße 3, 4021 Linz, +43-800 81 8000
www.energieag.at

erneuerbar 68,08% fossil 31,92%

ENERGIE RIED GMBH

Kellergasse 10, 4910 Ried/Innkreis, 07752 / 911 - 0
www.energie-ried.at

erneuerbar 11,58% fossil 88,42%

ENERGIE RIED VERTRIEB GmbH

Kellergasse 10, 4910 Ried/Innkreis, 07752 / 911-0
www.energie-ried.at

erneuerbar 100,00%

KELAG - Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

Arnulfplatz 2, 9020 Klagenfurt, 0810 820 888
www.kelag.at

erneuerbar 49,52% fossil 32,96% nuklear 17,52%

Linz Öko-Energievertriebs GmbH

Wiener Straße 151, 4021 Linz, 0732/3400-5000
www.linzoekoenergie.at

erneuerbar 100,00%

LINZ STROM Vertrieb GmbH & Co KG

Wiener Straße 151, 4021 Linz, +43-70-3400-5000
www.linzag.at

erneuerbar 56,61% fossil 42,20% nuklear 1,19%

MyElectric Energievertriebs- u.dienstleistungsGmbH

Strozzigasse 10, 1080 Wien, 0820 919 904
www.myelectric.at

erneuerbar 30,45% fossil 45,26% nuklear 24,29%

Naturkraft Energievertriebsgesellschaft m.b.H.

Wienerbergstraße 11, 1100 Wien, +43-1-90417-13341
www.naturkraft.at

erneuerbar 100,00%

oekostrom Vertriebs GmbH

Mariahilferstraße 120, 1070 Wien, +43-1-9610561-0,
www.oekostrom.at

erneuerbar 100,00%

switch

Wienerbergstraße 11, 1100 Wien, +43-800-888-666
www.switch.at

erneuerbar 25,18% fossil 48,69% nuklear 26,13%

Unsere Wasserkraft

Wienerbergstraße 3, 1100 Wien, 0800 220 380
www.wasserkraft.at

erneuerbar 100,00%

Verbund

Am Hof 6a, Wien 1010, 0800 210 210
www.verbund.at

erneuerbar 100,00%

VKW Vorarlberger Kraftwerke AG

Weidachstraße 6, 6900 Bregenz, +43-5574-9000
www.vkw.at

erneuerbar 82,80% fossil 17,20%

VKW-Ökostrom GmbH

Weidachstraße 6, 6900 Bregenz, +43-5574-9000
oekostrom.vkw.at

erneuerbar 100,00%

Wels Strom GmbH

Stelzhamerstraße 27, 4600 Wels, 07242-493
www.welsstrom.at

erneuerbar 100,00%

Impressum:

Anti Atom Komitee, Promenade 11, 4240 Freistadt, www.anti.atom.at, office@anti.atom.at